

**Resolution der Konferenz der Regierungschefs der Arge Alp
an die Europäische Kommission und den Europäischen Rat
zur Europäischen Makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP)**

Lugano, 26. Juni 2015

Die Regierungschefs der Arge Alp

- begrüßen und unterstützen die Erarbeitung der Europäischen Makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP) sowie deren Aktionsplans und betonen, dass diese im Gegensatz zu den bislang bestehenden Makroregionalen Strategien in einem vielversprechenden bottom-up-Prozess unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und der Leistungsfähigkeit der Länder, Provinzen, Kantone und Regionen gestaltet wurde;
- rufen in Erinnerung, dass der politische Prozess zur EUSALP mit dem einstimmigen Beschluss der Regierungschefs der Arge Alp im Juni 2011 eingeleitet wurde, dass darauf aufbauend 26 Alpenregionen im Juni 2012 in Bad Ragaz ein umfassendes Initiativpapier mit den wesentlichen Inhalten der Strategie beschlossen haben, dass im Oktober 2012 in Innsbruck die Initiative der Alpenregionen auf die staatliche und europäische Ebene gehoben wurde und dass im Oktober 2013 in Grenoble die Alpenregionen gemeinsam mit den Alpenstaaten die Eckpunkte der Europäischen Strategie für den Alpenraum festgelegt haben;
- stellen zu ihrer Zufriedenheit fest, dass die unter der Federführung der Arge Alp von den Alpenregionen der EU-Mitgliedstaaten und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ergriffene Initiative zur Erarbeitung der EUSALP im Dezember 2013 vom Europäischen Rat aufgegriffen wurde, der die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den Alpenstaaten und Alpenregionen mit der Ausarbeitung dieser Strategie beauftragt hat;
- heben hervor, dass die Arge Alp als Nucleus der EUSALP das Ziel verfolgt, gemeinsame alpine Fragestellungen und Vorhaben, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, durch grenzübergreifende Zusammenarbeit zu bewältigen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein für den Lebensraum Alpen zu steigern;

- unterstreichen, dass der regionalen Ebene bei der Erarbeitung der Alpenraumstrategie im EUSALP-Steuerungsausschuss, welcher nach Maßgabe der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2013 eingerichtet wurde, eine wesentliche und mitentscheidende Rolle zugekommen ist und dem bottom-up-Ansatz Rechnung getragen hat;
- verweisen darauf, dass fünf der sieben regionalen Mitglieder im EUSALP-Steuerungsausschuss Mitgliedsländer der Arge Alp sind, wodurch die wesentliche und mitentscheidende Rolle der Arge Alp bei der Erarbeitung und Umsetzung der Alpenraumstrategie dauerhaft unterstrichen wird;
- begrüßen, dass es im Juni 2014 gelungen ist, im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) eine Interregionale Gruppe EUSALP einzurichten, um Positionen und Ziele der Alpenregionen im AdR zu koordinieren und politische Impulse mit Schwerpunkt auf alpine Themen zu entwerfen. Sie begrüßen zudem, dass die im Dezember 2014 einstimmig angenommene AdR-Stellungnahme „Eine makroregionale Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum“ den bottom-up-Ansatz der EUSALP unterstreicht und nach dem Prinzip der Multi-Level-Governance dafür eintritt, die regionale Ebene nach Maßgabe ihrer Zuständigkeiten auf Augenhöhe mit der nationalen Ebene einzubinden;
- verweisen darauf, dass im September 2014 in Innsbruck sowie im Dezember 2014 in Mailand von den Alpenregionen gemeinsam mit den Alpenstaaten und der Europäischen Kommission geeignete Governance-Modelle zur Umsetzung der EUSALP entworfen wurden;
- betonen, dass der Grundsatz der Multi-Level-Governance im Sinne der Charta des AdR, dessen verbindlicher Anwendung in europäischen Beschlussfassungsverfahren zunehmend Raum gegeben wird, es gebietet, die beteiligten Länder, Regionen, Provinzen und Kantone auch bei der Umsetzung der EUSALP auf Augenhöhe mit den Alpenstaaten und der Europäischen Kommission einzubeziehen;
- stellen mit Befriedigung fest, dass sich die Europäische Kommission zur bottom-up-Ausrichtung der EUSALP sowie zum Prinzip der Multi-Level-Governance bekennt und in den Politikbereichen der Strategie auf die oben genannten Beschlussfassungen sowie auf die im Steuerungsausschuss erarbeiteten Ergebnisse Bedacht nimmt;
- bringen jedoch ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass einzelne Vorschläge der Europäischen Kommission, insbesondere jene zur Governance, den bottom-up-Ansatz der EUSALP und das

Prinzip der Multi-Level-Governance nur unzureichend umsetzen und den im Steuerungsausschuss erzielten Ergebnissen sowie den in der politischen Erklärung von Mailand vom 1. Dezember 2014 erzielten gemeinsamen Standpunkten nicht vollständig Rechnung tragen;

- ersuchen daher, die Stellung der Regionen als Entscheidungsträger in allen Ebenen der EUSALP-Governance festzulegen;
- sind der Meinung, dass durch die für jeden der drei thematischen Politikbereiche vorgeschlagenen Koordinatoren eine vierte Governance-Ebene geschaffen würde, und sprechen sich im Bestreben, eine schlanke EUSALP-Governance zu errichten, für die Beseitigung der Funktion dieser Koordinatoren aus;
- ersucht die Mitglieder des EUSALP Steering Committee, bei den Beratungen über die künftige Governance die Möglichkeit der Einrichtung eines EUSALP Strategy Point in Brüssel, allenfalls unter Nutzung der bestehenden Ländervertretungen der Arge Alp - Mitglieder in Brüssel als Unterstützungsstrukturen, zur Diskussion zu stellen.
- sprechen sich dafür aus, in der Einleitung des Aktionsplans ausdrücklich zu unterstreichen, dass die EUSALP von den Regionen im Alpenraum initiiert wurde, der Prozess zur Errichtung der Strategie bottom-up von den beteiligten Ländern, Regionen, Kantonen und Provinzen vorangetrieben wurde, und daher auf die politischen Initiativen, die zur Erklärung der Alpenstaaten und Alpenregionen in Grenoble führten – wie insbesondere die Annahme des Strategiepapiers durch die Präsidenten von 26 Alpenregionen am 29. Juni 2012 in Bad Ragaz – Bezug zu nehmen und zu unterstreichen, dass dieser Beschluss auf eine Initiative der Arge Alp zurückgeht;
- sind sich ihrer Verantwortung für die erfolgreiche Umsetzung der EUSALP durch konkrete Projekte mit für die BürgerInnen greifbaren Ergebnissen bewusst und erneuern ihre Bereitschaft, zu dieser Umsetzung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Alpenkonvention, dem Alpenraumprogramm und der Zivilgesellschaft wesentlich beizutragen;
- beauftragen die im EUSALP-Steuerungsausschuss vertretenen Regionen, die Ausgestaltung der Strategie sowie deren Umsetzung weiterhin aktiv mitzugestalten, auch im Hinblick auf geeignete Formen der interinstitutionellen Koordination zwischen den Regionen des Alpenraums.